

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 037 | 8.9.2023

Der Bundeskanzler und sein „Deutschland-Pakt“: Die nächste Blendgranate aus dem Kanzleramt!

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in diesen schwierigen Zeiten gibt es in Deutschland etwas im Überfluss: Toll klingende Überschriften der Ampel-Regierung, die durchaus Erwartungen wecken. Ob „Zeitenwende“, „Bazooka“, „Wumms“ oder „Doppel-Wumms“ – an Überschriften herrscht kein Mangel. Schaut man sich etwas später die Realität an, stellt sich regelmäßig Enttäuschung ein. Bei der „Zeitenwende“ und insbesondere der besseren Ausstattung der Bundeswehr wird dies besonders augenfällig, dazu später mehr.

In der Generaldebatte des Deutschen Bundestages am 6. September 2023 hat Bundeskanzler Scholz wieder einen neuen Begriff geprägt, den „Deutschland-Pakt“ – als Bündnis zwischen Bund, Ländern, Kommunen und demokratischer Opposition. Interessanterweise spricht das Papier vom Bundeskanzler und nicht von der Bundesregierung als Einheit – wir hören, dass sein Vorstoß wie in der Ampel üblich in der Koalition nicht abgestimmt ist.

Der Vorschlag enthält mehrere Vorhaben zu Planungsbeschleunigung, Wachstumsförderung, Digitalisierung und Migration.

Doch leider gilt:

Keines der im „Pakt“ genannten Vorhaben ist neu: Sämtliche Vorschläge sind bereits früher kommuniziert worden. Zahlreiche der genannten Vorhaben werden bereits seit Monaten von der Bundesregierung verschleppt. Im Einzelnen nennt der Bundes-

kanzler folgende Punkte:

- Bund und Länder sollen einen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ bilden. Der Bundeskanzler will das allgemeine Ver-

fahrensrecht beschleunigen und digitalisieren, Vereinfachungen beim Bau von Gebäuden erreichen, sowie Straßen- und Schienenprojekte beschleunigen.

- Tatsächlich wurde ein erster Entwurf für einen solchen Pakt bereits Ende 2022 erarbeitet. Danach ging es mehrere Monate nicht voran, weil das Kanzleramt lange nichts lieferte.



Mehrere Bundesländer haben deswegen bereits im März ein Beschwerdeschreiben an Bundeskanzler Scholz gesandt.

- **„Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum stärken“.** Hier nennt der Bundeskanzler drei bereits beschlossene oder bereits begonnene Vorhaben:
Das Mini-Wachstumschancengesetz, die Nutzung des Klima- und Transformationsfonds zur Förderung von Investitionen insb. in Halbleiterproduktion, sowie ein Gesetz zur Startup-Gründung.
- **„Verwaltung modernisieren und digitalisieren“:** Auch hier erfahren wir nichts Neues; der Abschnitt erschöpft sich in Eigenlob für die (schleppende) Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).
- **„Mehr Fachkräfte gewinnen und irreguläre Migration begrenzen.“** Weder zu Fachkräften noch zur Begrenzung irregulärer Migration kommen hier neue Vorschläge: Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist von der Ampelkoalition beschlossen, unsere Vorschläge für eine Vereinfachung und Digitalisierung der Fachkräfteeinwanderung durch eine neue, digitale Bundesagentur für Einwanderung hat die Koalition nicht aufgegriffen. Dennoch fordert sie nun eine Entbürokratisierung der Verfahren – ohne konkret zu werden.
Zur Begrenzung der irregulären Migration ist der „Pakt“ des Bundeskanzlers völlig ohne Aussage: Hier werden noch nicht einmal die bereits in der Ministerpräsidentenkonferenz von Mai 2023 vereinbarten Punkte wiederholt.

Bereits im März haben die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Hendrik Wüst und Stephan Weil, einen Brief an Bundeskanzler Scholz geschickt, in dem sie Fortschritte bei der Planungsbeschleunigung einfordern.

Seitdem ist fast ein halbes Jahr vergangen – und der Bundeskanzler verkauft Vorschläge, die teilweise schon lange diskutiert werden, als „Deutschland-Pakt“.

Meine Ansicht:

Wir leben in politischen Ausnahmezeiten. Es geht um das große Ganze: Die Zukunft unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Freiheit in Europa. In diesen besonderen Zeiten kommen der Bundesregierung zwei herausragend wichtige Aufgaben zu: Sie muss nach außen die Freiheit Deutschlands sichern, und sie muss im Inneren den Wohlstand unseres Landes erhalten. **Der vorliegende Vorschlag für einen „Deutschland-Pakt“ wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht.**

Den blumigen Aussagen des Bundeskanzlers für einen „Pakt“ stellen wir ein konkretes Maßnahmenbündel entgegen:

- Deutschland braucht ein Belastungsmoratorium, das heißt einen sofortigen Stopp aller die Wirtschaftsaktivität drosselnder Gesetze.
- Privathaushalte und Unternehmen benötigen günstigere Energie. Das geht nur durch eine Ausweitung des Angebots und die Reduzierung der Stromsteuer.
- Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen: Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen darf 25 Prozent nicht überschreiten.
- Der Soli gehört abgeschafft.
- Im Bereich Bauen und Wohnen brauchen wir eine Förderung des Wohnungsbaus durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und verlässliche und auskömmlich finanzierte Förderprogramme.

Als konstruktive Opposition stehen wir jederzeit für Gespräche zur Verfügung, um die richtigen politischen Entscheidungen für Deutschland zu treffen. Wir werden daher bereits in der nächsten Sitzungswoche eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Abstimmung stellen.

Auch werden wir Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik zur Abstimmung stellen, die der Bundeskanzler bereits mit den Ministerpräsidenten vereinbart, aber immer noch nicht umgesetzt hat. Wir werden sehen, wie ernst es die Ampel mit dem Angebot zur Zusammenarbeit meint.

Zeitenwende? Abgesagt!

Die Koalitionsfraktionen haben die mit uns geschlossene Vereinbarung zur Errichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr aufgekündigt. Der Verteidigungshaushalt wird nicht in dem Maße aufwachsen, welches der Bundeskanzler den Bürgerinnen und Bürgern in seiner „Zeitenwende“-Rede vom 27. Februar 2022 versprochen hat. Die Zeitenwende ist somit endgültig abgesagt.

1. Das in der vergangenen Woche durch das Kabinett beschlossene Haushaltsfinanzierungsgesetz hielt für den Bereich der Verteidigung einige Überraschungen bereit. Aufgrund fragwürdiger Argumente des Auswärtigen Amtes hat die Bundesregierung sich kurzfristig von der im Entwurf des Gesetzes geplanten rechtlichen Bindung, jährlich zwei Prozent für Verteidigung auszugeben, verabschiedet. Dieses Ziel soll nun weiterhin lediglich im mehrjährigen Mittel erreicht werden. Die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung sieht derzeit jedoch über 2024 hinaus einen bei 52 Mrd. EUR eingefrorenen Verteidigungshaushalt vor. Stetig steigende Betriebs- und Personalkosten absorbieren die frei verfügbaren Mittel.

Investitionen für Forschung und Beschaffung sind somit nicht mehr möglich. Dieser Trend wird sich mit dem notwendigen Zulauf moderner Systeme noch weiter verschärfen. **Die strukturelle Unterfinanzierung der Bundeswehr bleibt so trotz blumiger Ankündigungen bestehen.** Ohne jährlichen Anstieg des Verteidigungshaushaltes, und zwar zusätzlich zum Sondervermögen, steht die Bundeswehr spätestens 2027 vor einer Finanzierungslücke von mehr als 25 Mrd. EUR.

2. Noch schwerer wiegen im Haushaltsfinanzierungsgesetz die Änderungen an den „Spielregeln“ für die Verwendung des Sondervermögens. Die klare Vereinbarung der Koalitionsfraktionen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es, mit dem Sondervermögen „komplexe überjährige Maßnahmen mit großem Finanzvolumen“ (bspw. Kampfflugzeuge oder schwere Transporthubschrauber) zu finanzieren. Dafür haben wir als Fraktion im vergangenen Jahr bis ins Detail bei der Erstellung der Projektliste und um jedes Satzzeichen im Errichtungsgesetz hart verhandelt. Das Ergebnis war die Basis dafür, dass wir einer Grundgesetzänderung zustimmen konnten. Jetzt soll der Wortlaut des Gesetzes verändert werden, um sich aus dem Sondervermögen breit bedienen zu können. Nun sollen u.a. auch Infrastrukturmaßnahmen (also beispielsweise die Halle, in der ein Panzer abgestellt wird) finanziert werden können; Investitionen, die originäre Kernaufgaben des regulären Verteidigungshaushalts sind.

Damit wird nicht nur die gemeinsam beschlossene Projektliste ad absurdum geführt. Neben Verdrängungseffekten werden viele Projekte lediglich anfänglich, aber nicht durchfinanziert werden können.

Bezeichnend ist, dass die Bundesregierung diese Änderung ohne vorheriges Gespräch mit unserer Fraktion vorgenommen hat. Das ist ein schwerer Vertrauensbruch.

3. Bei der Berechnung der Verteidigungsausgaben ist die Bundesregierung äußerst kreativ und intransparent. Beim NATO-Gipfel in Vilnius im Juni dieses Jahres haben sich die Mitgliedstaaten auf eine Untergrenze bei den Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes verständigt. Die Bundesregierung hat diesen Beschluss mitgetragen. Gemäß aktuellen Prognosen wären hierfür im Bundeshaushalt 2024 ca. 85,5 Mrd. EUR für Verteidigung einzuplanen. Diese Summe soll 2024 erstaunlich punktgenau erreicht werden. Im Entwurf des Bundeshaushalts für 2024 sind im entsprechenden Einzelplan 51,8 Mrd. EUR ausgewiesen (+1,7 Mrd. EUR ggü. 2023), hinzu kommen Ausgaben aus dem Sondervermögen in Höhe von 19,2 Mrd. EUR. Einen dritten Topf bilden weitere auf die NATO-Quote anrechenbare verteidigungsrelevante Ausgaben anderer Ressorts in Höhe von 14,5 Mrd. EUR. So sollen erstmals auch Zinsausgaben aus dem Bundeshaushalt miteinbezogen werden. Die genaue Berechnung behält die Bundesregierung vorsorglich für sich.

Unsere Position

Eine Neuausrichtung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegt werden. Wir wollen und müssen in Europa eine Führungsrolle übernehmen. Dafür brauchen wir eine langfristige und belastbare (Finanzierungs)Strategie, um die Bundeswehr mit dem auszustatten, was sie zur Erfüllung unserer eingegangenen Verpflichtungen benötigt.

Das sind wir unserer Soldatinnen und Soldaten, Alliierten und Partnern schuldig. Eine Finanzpolitik nach dem Motto „nach uns die Sintflut“, wie sie die Bundesregierung betreibt, ist unseriös und setzt Deutschlands Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit im Bündnis aufs Spiel. Wir fordern die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels, ohne Trickereien. Wir wollen in den nächsten drei Jahren eine substanzielle, schrittweise Erhöhung des Einzelplans 14 hin zu zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.



Meine Sorge:

Die Bundesregierung verspielt Vertrauen bei unseren Soldatinnen und Soldaten sowie Glaubwürdigkeit bei unseren Alliierten und Partnern. Damit beschädigt sie das Ansehen Deutschlands nachhaltig. Unsere Sicherheit und Freiheit bedürfen einer einsatzbereiten Bundeswehr in einem starken Bündnis. Dieses Ziel wird nicht durch Ankündigungen und uneingelöste Schecks realisiert. Die Bundeswehr braucht keine Symbolpolitik oder Rechentricks bei den Verteidigungsausgaben. Die Bundeswehr muss mit dem ausgestattet werden, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern wir, dieses Ziel mit einem schrittweisen Aufwuchs des Verteidigungsetats auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, zusätzlich zum bestehenden Sondervermögen, bis zum Jahr 2026 zu erreichen.

Wir lehnen das Gebäudeenergiegesetz weiterhin ab!

Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag abschließend über das Heizungsgesetz („Gebäudeenergiegesetz“) der Bundesregierung beraten. Die Ampel hat das Gesetz mit ihrer Stimmenmehrheit gegen die überwältigende Mehrheitsmeinung in der Fachwelt und der Bevölkerung verabschiedet – auch ich habe aus Überzeugung dagegen gestimmt.

Das von uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Woche durchgeführte Fachgespräch mit mehr als 20 Sachverständigen hat verdeutlicht, dass das Heizungsgesetz der Ampel ein sozial ungerechtes und nicht praxistaugliches Regelwerk ohne bezifferbaren klimapolitischen Mehrwert ist.

Für viele Bürgerinnen und Bürger werden die Konsequenzen des Heizungsgesetzes schlicht unbezahlbar. Eine echte Förderrichtlinie, wie von uns gefordert, hat die Bundesregierung bisher nur in allgemeinen Eckpunkten ohne Präzisierung vorgelegt. Die daraus resultierende finanzielle Unsicherheit zerstört das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verlässlichkeit und Planbarkeit der Auswirkungen weitreichender staatlicher Entscheidungen.

Auch die von der Ampel angekündigte Verzahnung mit einem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung wird nicht stattfinden. Das heißt: Bevor überhaupt feststeht, wie die Wärmeversorgung in der jeweiligen Kommune künftig ausgestaltet werden kann, macht die Bundesregierung bereits jetzt staatliche Vorgaben zur individuellen Anschaffung von neuen Heizungsanlagen. Schwer wiegt, dass die Regierung weder den Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger noch die Höhe etwaiger Treibhausgaseinsparungen beziffern kann.

Im Eilverfahren hatte das Bundesverfassungsgericht am 5. Juli 2023 verhindert, dass das Heizungsgesetz schon vor der Sommerpause im Deutschen Bundestag zur Abstimmung gestellt werden konnte. Die Ampel hat daraus nichts gelernt: Der Gesetzentwurf wurde heute in unveränderter Fassung zur Abstimmung gestellt. Eine inhaltliche Befassung der zuständigen Fachausschüsse hat die Ampel abgelehnt. Eine seriöse parlamentarische Beratung dieses weitreichenden Gesetzes ist somit weiterhin nicht möglich gewesen. Damit missachtet die Ampel die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und die Rechte der Abgeordneten. Darüber hinaus hören wir aus der Ampel, dass sie das noch nicht beschlossene Gesetz bereits wieder ändern wollen. Dieser handwerkliche Dilettantismus der Ampel wird sehr reale – negative – Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in Deutschland haben.

Meine Meinung:

Wir wollen bis 2045 die Treibhausgasneutralität erreichen. Dafür ist selbstverständlich auch klimafreundliches Heizen im Rahmen einer versorgungssicheren, nachhaltigen und sozialen Wärmewende erforderlich. Aber das Chaos der Ampel schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz. Die Wärmewende muss für die Menschen und Unternehmen leistbar sein. Eine Regelung mit der Brechstange gegen die Bevölkerung wird nicht funktionieren.

Es braucht echte Technologieoffenheit, die Potentiale aller klimafreundlicher Heizlösungen sollten genutzt werden und Städte und Gemeinden für eine kommunale Wärmeplanung eingebunden werden. Gleichzeitig gibt es keine verlässliche Förderung. Entsprechende Programme wurden im letzten Jahr durch die Ampel mehrfach gestoppt, geändert und gekürzt. Erforderlich wäre aber Planungssicherheit für Mieter, Eigentümer und Unternehmen.

Wir lehnen das Heizungsgesetz ab und werden es bei Regierungsübernahme zurücknehmen. Unser Ziel ist Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Die Bundesregierung setzt auf diesem Weg auf Verbote, Bürokratie und staatliche Vorgaben. Unser Weg ist ein anderer: Wir wollen Anreize schaffen, Technologieoffenheit gewährleisten und setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente, insbesondere einen CO2-Preis mit sozialem Ausgleich.



Ergebnis der Namentlichen Abstimmung zum Gesetzesentwurf des Heizungsgesetzes:

Partei	Mitglieder	Ja	Nein	Enthaltung	Nicht abgegeben
SPD	206	202	0	0	4
CDU	197	0	171	0	26
Grüne	118	112	0	1	5
FDP	92	82	0	4	6
AfD	78	0	67	0	11
Linke	39	0	33	0	6
fraktionslos	6	1	4	0	1
Gesamt	736	397	275	5	59



Noch herrscht „Ruhe vor dem Sturm“: Kurz darauf landet das erste von 50 Frachtflugzeuge von UPS und bringt Zehntausende von Paketen, die alle vom Zoll bearbeitet werden müssen. Es war toll zu sehen, wie hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tag und Nacht ihr bestes geben, damit alles reibungslos läuft!

Am Freitagmorgen traf ich mit der Leitung des Zollkriminalamts und insbesondere mit dem Zollfahndungsdienst zusammen. Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Rauschgiftschmuggel, Subventionsbetrug – die Liste der hier verfolgten Straftaten ist lang.

Bilder der (Vor-)Woche

Ende der vergangenen Woche habe ich an zwei Tagen dem Zoll in Köln einen Besuch abgestattet. Bei der Generalzolldirektion interessierte mich vor allem die „Financial Intelligence Unit“ (FIU), die sich vor allem mit der Bekämpfung der Geldwäsche beschäftigt.

Abends besichtigte ich das Hauptzollamt Köln am Flughafen Köln-Bonn sowie den „Europahub“ des Logistikunternehmens UPS.

Video der Woche



In der Schlussrunde dieser Haushaltswoche durfte ich für die CDU/CSU-Fraktion reden und räumte mit einigen Ampel-Mythen auf: [KLICK](#)

Rückblick auf meine Sommertour

Insgesamt 34 Städte und Gemeinden umfasst mein Wahlkreis: Die Sommerpause ist eine gute Gelegenheit, Besuche gerade bei den kleineren Gemeinden zu machen. Sie stehen mit ihren kleinen Verwaltungen vor besonderen Herausforderungen, wenn neue und immer detailgenauere Regeln aus Europa, Bund und Land vor Ort umgesetzt werden müssen.

Das vermurkste Heizungsgesetz tut sein übriges: Was hilft es den kleinen Kommunen, dass sie nach diesem Gesetz keine Wärmeplanungen erstellen müssen - aber gelten wird das Gesetz mit seinen Sanierungsaufgaben auch in unseren Dörfern.

Jeder für sich im Kampf um die beste und noch finanzierbare Sanierungslösung, wo die Hauspreise gerade im ländlichen Raum die hohen Kosten einer Wärmepumpe mit Dämmung kaum hergeben? Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wollen Gemeinschaftslösungen, wie sie Nah- und Fernwärmenetze darstellen.

Gerade für kleine Gemeinden werden die absurden Auflagen dieses Gesetzes noch schwerer zu stemmen sein als in den größeren Städten. Beeindruckt war ich vom Stand der Kinderbetreuung - Betreuung und Bildung stehen überall an Nummer 1 und wurden richtige Standortfaktoren und ein starkes Argument für junge Familien.

In diesem Jahr habe ich im Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Sulzbach, Allmersbach und Burgstetten besucht, im Ostalbkreis waren es Schechingen, Iggingen, Täferrot, Eschach, Ruppertshofen und Durlangen.

In Täferrot besuchte ich die einzige Regel-Grundschule Deutschlands mit einem Lernbauernhof. Ziegen, Kamerun-Schafe, Kaninchen, Hühner und Bienen – engagierte Eltern, Lehrkräfte und die Gemeinde machen es möglich!



Die Sanierung des Icotek-Freibades in Schechingen stand im Mittelpunkt meines Austauschs mit Bürgermeister Stefan Jenninger. Ich will mich erneut für einen Bundeszuschuss einsetzen – weil Schwimmen gesund ist und das Bad eine weit über Schechingen hinaus reichende, wichtige Einrichtung ist!



Gemeinsamer Austausch mit dem TESAT-Team und vielen anderen bei den Backnanger Wirtschaftsgesprächen. Eine großartige Leistungsschau der Wirtschaft!



Station machte ich auch in Allmersbach im Tal bei Bürgermeisterin Patrizia Rall. Die Entwicklung der Gemeinde und die Verkehrssituation rund um den Schwerlastverkehr standen im Mittelpunkt, aber auch die Vorbereitung der Gemeinde auf Aufgaben wie den lokalen Klimaschutz und die Wärmeplanung.



Zukunftsweisende Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in Ruppertshofen! Wie die Gemeinde und Bürgermeister Peter Kühnl in Bildung und Betreuung investiert ist wirklich beeindruckend. Hier zu sehen, die Jurte des Naturkindergartens.





Mit meinem Vorgänger Norbert Barthle und vielen anderen bei der „Hocketse“ der CDU-Lindach. Danke für die großartigen Begegnungen!



Ich war die erste Besucherin nach der offiziellen Eröffnung der Kita Kappelwasen in Eschach. Bürgermeister Jochen König zeigte mir die vorbildliche, großzügige, moderne Kinderbetreuungseinrichtung – ein starkes Argument für die Gemeinde!



In Sulzbach an der Murr besuchte ich die Firma Häussermann, einem traditionsreichen Spezialisten für alles aus Holz!



Teil meiner Sommertour war auch der Stadtspaziergang der CDU Backnang mit dem Ersten Bürgermeister Stefan Setzer und unseren ganz engagierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Viel gesehen, manches gelernt!

und der Breitbandverlegung besonders bemerkbar machten. Sein baldiges Ausscheiden bedauere ich sehr!



Sommertour, Sonne, Bädle! Besuch in Burgstetten bei Bürgermeisterin Irmtraut Wiedersatz. Großer Dank an alle Freiwilligen und Hauptamtler für ihr Engagement im Freibad. Die unzureichende Bundesmittel für die Freibadsanierung kamen auch hier zur Sprache, ebenso wie die Probleme rund um die S-Bahn sowie die Fragen der Umsetzung der Wärmeplanung durch die Kommunen.



Bürgermeister Klemens Stöckle stellte mir die Entwicklung von Iggingen vor und ging auf die komplexen Zuschussverfahren ein, die sich bei der Sanierung des Amtshauses